

EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

WIR ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG FÜR EUROPA IN SCHWIERIGEN ZEITEN GEMEINSAM. SOLIDARISCH. ZUKUNFTSGEWANDT.

Deutschland übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft in einer **Zeit existentieller Herausforderungen** für die Europäische Union und ihre Bürgerinnen und Bürger. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie, genauso wie die fortbestehende gesundheitliche Bedrohung durch das Virus, verlangen eine **umfassende und gemeinsame europäische Antwort**. Europa kann jetzt beweisen, dass es **in schwerer Zeit solidarisch handelt** und den Menschen Halt geben kann.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen die drängendsten Aufgaben darin, die Europäische Union gemeinsam **mit klarem Kurs durch die Krise** zu führen, Maßnahmen zur Bewältigung der Krise und ihrer **Folgen gerecht und nachhaltig zu gestalten, Solidarität und den Zusammenhalt** in Europa zu stärken und das europäische Projekt konsequent **für die Zukunft auszurichten**. Wir haben die Europapolitik des erhobenen Zeigefingers abgelöst durch eine Politik der guten Nachbarschaft. Wir wissen, dass es unserem Land immer nur so gut gehen wird, wie es unseren europäischen Partnern gut geht. So wollen wir auch die deutsche Ratspräsidentschaft dafür nutzen, dass Deutschland mit einem verlässlichen und integrativen Krisenmanagement Zusammenhalt fördert, Brücken in Europa baut und hilft unseren Kontinent auf die großen Herausforderungen vorzubereiten, die vor uns liegen.

Wir sind davon überzeugt, dass ein starkes und gerechtes Europa im ureigenen Interesse Deutschlands ist. Die Gefahr, dass Europa an den Folgen der Krisen zerbrechen oder durch sie tief gespalten werden könnte, ist real – nicht zuletzt, weil verschiedene äußere und innere Akteure gezielt auf eine solche Spaltung hinarbeiten. Unsere Antwort muss lauten: Wir treten für ein **Europa der Solidarität und des Zusammenhalts** ein. Kein Land, keine Region und kein Mensch darf bei der Bewältigung der Krise zurückgelassen werden. Die Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 und der Durchbruch für ein starkes europäisches Recovery-Programm sind vor allem ein Ergebnis sozialdemokratischer Politik. Wir sind zu einer außerordentlichen und gemeinsamen Kraftanstrengung bereit. Damit leisten wir einen **solidarischen Beitrag für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau** Europas. Der **Mehrjährige Finanzrahmen** und seine Ausgestaltung zu einem echten

Zukunftshaushalt sind hierbei von besonderer Bedeutung. Der Weg dahin auch über eine Kreditfinanzierung des Recovery-Programms zeigt: Wir lassen die Politik der roten Linien hinter uns und sind bereit, auf dem Weg der Einheit Europas jetzt voranzuschreiten. Wir werden daher in unserer Ratspräsidentschaft auch über die **institutionelle Weiterentwicklung und Vertiefung der EU** sprechen, insbesondere über die Schaffung genuiner Einnahmequellen für die EU.

Wir wollen uns nach der Überwindung der Krise nicht mit dem Wiedererlangen des Status quo ante abfinden. Unser Ziel ist es, die europäische Wiederaufbauinitiative zu nutzen, **um Europa zukunftstauglich zu machen**. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in den nächsten Monaten wollen wir die **sozial-ökologische Transformation** ambitioniert voranbringen. Unsere Investitionen zum Wiederaufbau sollen dem European Green Deal zur Durchsetzung verhelfen und die Europäische Säule Sozialer Rechte mit Leben füllen. Darüber hinaus ist Europa in vielfältiger Hinsicht fit für das digitale Zeitalter zu machen. Dazu wollen wir sicherstellen, dass Europa auf den Feldern neuer Technologien wie Künstliche Intelligenz oder Big Data aus eigener Kraft handlungs- und gestaltungsfähig ist, wir unsere Werte wie den Schutz der Privatsphäre auch im digitalen Zeitalter wahren sowie gute und hochwertige Arbeitsplätze erhalten und neue entstehen lassen. Europäische Politik soll die Zukunft der Arbeit aktiv mitgestalten, auch im Rahmen von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Geschlechtergerechtigkeit, bei Entlohnung wie der Besetzung von Führungspositionen. Wir setzen uns für eine neue Verbraucheragenda ein, die den Verbraucherschutz in der europäischen Union an die aktuellen digitalen und ökologischen Herausforderungen anpasst und zugleich ein hohes Verbraucherschutzniveau gewährleistet. Wir wollen eine nachhaltigere Ausrichtung unserer Landwirtschaftspolitik. Dazu gehört auch die Sicherung des Tierschutzes und ein Mehr an Tierwohl in der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Zukunft zu gestalten bedeutet heute, sich der Herausforderung der Klimakrise zu stellen und konsequent an einem umfassenden Lösungskonzept zu arbeiten, um den Klimawandel als die übergeordnete Bedrohung unserer Zeit zu bekämpfen und den nach uns folgenden Generationen einen ökologisch intakten Lebensraum zu erhalten. Der **European Green Deal** ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der logische Weg hin zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, alle zukünftigen Mittel des Mehrjährigen Finanzrahmens in Einklang mit den Zielsetzungen des European Green Deals, den Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung zu bringen.

Wir wissen, dass eine progressive Politik, die auf Veränderung setzt, von den Bürgerinnen und Bürgern nur mitgetragen wird, wenn wir sicherstellen, dass wirklich alle Europäerinnen und Europäer an dem Wohlstandsversprechen der Europäischen Union teilhaben und wir es schaffen, die Europäische Union krisenfester zu machen. Hierzu gehört ein **europäischer Rahmen für Mindestlöhne und Grundsicherungssysteme** zur Armutsbekämpfung. Dabei setzen wir uns insbesondere für die Bekämpfung von Kinderarmut ein und unterstützen die Umsetzung einer EU-Kindergarantie. Wir brauchen europaweit hohe soziale Mindeststandards, um allen Europäerinnen und Europäern eine auskömmliche Lebensgrundlage zu ermöglichen. Angesichts der Krise ist die Stabilisierung niedriger Einkommen nicht nur unter sozialen Gesichtspunkten nötig, sondern auch eine wichtige Stütze für die europäische Wirtschaft. Die Corona-Krise hat Probleme in vielen systemrelevanten Branchen und Dienstleistungssektoren offengelegt, die wir angehen wollen. Faire Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit müssen auch für neue Arbeitsformen wie plattformbasierte Arbeit gelten und sichergestellt werden. Auch die Durchsetzung von geltendem Arbeitsrecht und Arbeitsschutz bei Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter muss dringend verbessert werden. Weil vielerorts gerade die Jugendarbeitslosigkeit zur strukturellen Begleiterscheinung der Krise geworden ist, wollen wir die **europäische Jugendgarantie** weiter stärken und jungen Menschen eine Perspektive bieten. Auch dafür treten wir für einen starken **Europäischen Sozialfonds (ESF+)** ein, dessen Bedeutung gerade in Zeiten der Pandemiekrise und hoher Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Ein starker ESF+ ist unverzichtbar, um die Bürgerinnen und Bürger beim Zugang zu besseren Arbeitsplätzen zu unterstützen und faire Perspektiven für den Berufseinstieg zu eröffnen. Als globale Handelsmacht und Wertegemeinschaft hat die EU auch eine Verantwortung für gute Arbeitsbedingungen entlang globaler Lieferketten. Durch ein **europäisches Lieferkettengesetz** muss auch die Unternehmensverantwortung gestärkt werden. Freiwilligkeit reicht längst nicht mehr aus.

Weitere Stabilisierungsinstrumente auf europäischer Ebene wie eine dauerhafte **Arbeitslosenrückversicherung** sind notwendig, um makroökonomische Schocks abzufedern und sicherzustellen, dass die nationalen Arbeitslosenversicherungen auch in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Krisen ihre wichtige Sicherungsfunktion effektiv erfüllen können. Mit dem europäischen Instrument SURE, ebenfalls einer Initiative der europäischen Sozialdemokratie, mit der Kurzarbeitergeldleistungen der Mitgliedstaaten finanziell abgesichert werden sollen, hat die Europäische Union bereits einen ersten konkreten Schritt in Richtung von mehr Risikoteilung in Krisenzeiten getan. Schließlich wollen wir daran arbeiten, die europäische **Digitalunion** sowie die **Banken- und Kapitalmarktunion** zu vollenden, um Europa stabiler und robuster zu machen und einen weiteren Fortschritt in der europäischen Integration zu erreichen.

Europäische Solidarität kann aber aus unserer Sicht nur gelingen, wenn neben den EU-Mitgliedstaaten auch multinationale Unternehmen ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise und der Finanzierung des Gemeinwohls leisten. Mehr Transparenz und eine stärkere Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung durch einheitliche Bemessungsgrundlagen und Mindestsätze auf europäischer wie auf globaler Ebene sind hierbei ebenso erforderlich wie eine **Besteuerung** der digitalen Großkonzerne. Die Finanztransaktionssteuer, die auf Drängen der SPD in naher Zukunft in die erste Phase ihrer Umsetzung gehen wird, wird ebenfalls einen entscheidenden Beitrag leisten.

Nur eine starke und souveräne Europäische Union ist dazu in der Lage, die Welt von morgen mitzugestalten und unserer Vision einer demokratischen, gerechten und nachhaltigen Gesellschaft näher zu kommen. Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass die Europäische Union unabhängiger von Dritten werden muss. Deshalb ist für eine eigenständigere, krisenfeste EU die Stärkung der **Europäischen Souveränität** unabdingbar. Dazu gehört eine Rückverlagerung von überlebenswichtiger Produktion wie Medikamenten in die EU, der Schutz kritischer Infrastrukturen und weitere Maßnahmen der Handels- und Industriepolitik, des Ausbaus der EU-Sanktionspolitik und ein konsequenter Aufbau der technologischen Souveränität.

Wir können nach außen nur verkörpern und vorantreiben, was wir nach innen leben und verteidigen. Dafür setzen wir am Fundament der europäischen Werte an, die **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union garantieren. Wir wollen die Ratspräsidentschaft nutzen, um verbindliche Mechanismen zur Überprüfung europäischer Grundwerte und zur Sanktionierung von fundamentalen Verstößen auf den Weg zu bringen. Wir werden nicht dabei zusehen, wie die Covid-19-Pandemie in einigen Mitgliedstaaten als Vorwand missbraucht wird, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzuschränken. Die Krise hat zudem einmal mehr ein Schlaglicht auf Phänomene wie Desinformation und Hassreden geworfen. Wir setzen uns für europäische Regelungen ein, um strafbare Online-Hassreden effektiv zu bekämpfen.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass unser gemeinsames Fundament nicht im Innern der EU untergraben wird. Dazu gehört es auch, ungleichmäßig verteilte Herausforderungen unter den Mitgliedstaaten fair aufzuteilen. Deshalb wollen wir ein **funktionsfähiges Europäisches Asylsystem** mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität voranbringen, das eine Reform des Dublin-Systems beinhaltet und das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt. Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen, Schleuserkriminalität weiter bekämpft und gleichzeitig die Ursachen von Flucht und Vertreibung angegangen werden.

Nur ein vereintes Europa hat die Kraft, seine gemeinsamen Werte auf internationaler Ebene einzubringen, die Welt mitzugestalten und für Frieden und Menschenrechte einzutreten. Die **Stärkung der EU als internationaler Akteur** ist daher eine Priorität der deutschen Ratspräsidentschaft. Dafür wollen wir eine **werteorientierte europäische Außen- und Sicherheitspolitik** voranbringen, die auf Krisenprävention, Dialog, Stabilisierung und Krisenbewältigung im Sinne einer europäischen Friedensmacht setzt. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie sind multilaterale Ansätze wichtiger denn je: diese Krise überwinden wir entweder gemeinsam oder gar nicht. Wir Europäer haben dabei eine besondere Verantwortung für unsere südliche und östliche Nachbarschaft, unseren Nachbarkontinent Afrika und den Westlichen Balkan, dem wir eine faire Partnerschaft und Zusammenarbeit auf dem Weg in die Europäische Union anbieten. Außerdem gilt es, dass Europa mehr **Verantwortung bei der weltweiten Krisenbewältigung** übernimmt und so das Vakuum an internationaler Koordinierung gefüllt werden kann. Wir sind besorgt zu sehen, dass einflussreiche Staaten, wie USA, Russland und China, sich zunehmend internationalen Verpflichtungen entziehen und einem unilateralen Kurs folgen. Einen Rückfall in eine Zeit selbstsüchtiger Großmachtspolitik darf es nicht geben. Die SPD tritt für faire Zusammenarbeit im Rahmen eines **zupackenden und solidarischen Multilateralismus** ein. In einer Welt wachsender Bedrohungen muss ein selbstbewusstes Europa auch zum Protagonisten weltweiter Abrüstungsbemühungen werden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Konkurrenz zwischen USA und China wird sich durch die deutsche Präsidentschaft auch die Frage des **richtigen Umgangs mit China** ziehen: Die SPD setzt sich dafür ein, dass Europa geschlossen und zielführend gegenüber China agiert. Ziel ist eine gemeinsame europäische Position, die fest in der Wertegemeinschaft des Westens verortet ist und die europäische Souveränität in einer regelbasierten Ordnung stärkt.

Im Dialog mit dem **Globalen Süden** vertreten wir ein Konzept von Partnerschaft und Entwicklung, das den Globalen Norden in den erforderlichen Wandel einbezieht. Die unter dem Dach der Vereinten Nationen vereinbarten Ziele für eine sozialere und nachhaltigere Welt werden wir nur erreichen, wenn wir in unseren Gesellschaften im Norden wie im Süden die Kräfte bündeln, die diese Vision teilen und sie Wirklichkeit werden lassen. Die deutsche Ratspräsidentschaft wollen wir nutzen, um diesen Ansatz in der internationalen Ausrichtung der EU mit Leben zu füllen. Das leitet uns bei der Weiterentwicklung der europäischen Handelspolitik wie bei unserem Engagement in der Stärkung und Neuausrichtung unserer Entwicklungspolitik. Wir müssen die notwendigen Schritte einleiten, um drohende Hungerkatastrophen abzuwenden und unseren Beitrag dazu leisten, die Folgen der akuten Pandemie weltweit zu überwinden.“

In die deutsche Präsidentschaft fällt voraussichtlich der Abschluss der Verhandlungen zum zukünftigen **Verhältnis mit Großbritannien**. Unser Ziel ist ein enges, zukunftsgerichtetes Verhältnis zu Großbritannien. Von zentraler Bedeutung ist für uns aber der Zusammenhalt der EU27 und die Wahrung fairer Wettbewerbsbedingungen. Dabei gilt es auch zu verhindern, dass das Vereinigte Königreich die erwartbaren Nachteile des EU-Austritts zum Anlass nimmt, sich als Steueroase zu positionieren. Das Austrittsabkommen muss uneingeschränkt umgesetzt werden, insbesondere die darin festgeschriebenen Rechte der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger.

Auf Europa kommt es dabei entscheidend an. Schon jetzt stimmt sich Deutschland im Rahmen der **Trio-Präsidentschaft** eng mit Portugal und auch Slowenien ab, die im nächsten Jahr die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten möchten auch für das kommende Jahr erreichen, dass wir auf eine progressive europapolitische Agenda setzen können.

Als Europapartei werden wir – mit unseren Ministerinnen und Ministern in der Bundesregierung und unseren Abgeordneten im Bundestag und im Europäischen Parlament – unseren Beitrag für eine **erfolgreiche deutsche EU-Ratspräsidentschaft** in der zweiten Jahreshälfte leisten. Es ist eine der wichtigsten Ratspräsidentschaften seit langem. Deutschlands Verantwortung für Europa ist mehr denn je notwendig. Wir wollen mutig vorangehen, solidarisch zusammenhalten und politische Brücken bauen, um gemeinsam in schwieriger Zeit europäischen Fortschritt zu schaffen.